



Ausbildungsplatzabgabe geht an der Realität des Ausbildungsmarktes vorbei

Im Koalitionsvertrag von R2G ist der Prüfauftrag einer Ausbildungsplatzabgabe verankert. Eine „Strafsteuer“ schafft aus Sicht der IHK Berlin keine neuen Ausbildungsplätze und missachtet die positive Entwicklung auf dem Berliner Ausbildungsmarkt. Stattdessen sollte die „Berliner Vereinbarung“ zu einem Ausbildungskonsens weiterentwickelt werden, eine Qualitätsoffensive für die Schulen zur Verbesserung der Basiskompetenzen angepackt und in die aufsuchende Beratung von unversorgten Jugendlichen investiert werden.

ALLZEITHOCH BEIM AUSBILDUNGSPLATZANGEBOT

Eine Ausbildungsplatzabgabe ist unangemessener denn je: Nicht Plätze fehlen, sondern qualifizierte und motivierte Bewerber. Die angebotenen Plätze in Berlin haben sich seit 2009 um 40 Prozent erhöht.

ABGABE UNTERGRÄBT AUSBILDUNG NACH BEDARF

Eine Abgabe führt zu einer schleichenden Verstaatlichung der Berufsbildung mit einer höheren Jugendarbeitslosigkeit. Sie wird sich in die Liste der Instrumente einreihen, die ihre politisch gewünschte Wirkung verfehlen und zusätzlich hohe Kosten für die Berliner Wirtschaft verursachen. Wenn nicht mehr nach Bedarf der Betriebe, sondern z. B. nach einem „Bonus-Malus-System“ ausgebildet wird, werden Branchen belohnt, in denen Azubis von Beginn an in die Wertschöpfung der Betriebe eingebunden sind. Kapitalintensivere Hightech-Ausbildung wird benachteiligt. Das verschärft die Fachkräfteschieflage in Berlin weiter.

KMU WERDEN DOPPELT BESTRAFT

Gerade KMU müssen doppelt leiden: Erst finden sie keine Azubis, dann zahlen sie zusätzlich eine Abgabe. Eine Abgabe bestraft Betriebe, die ihren Nachwuchsbedarf z. B. über Traineeprogramme oder (dual) Studierende decken, und erhöht die Lohnnebenkosten.

MEHR FRAGEN ALS ANTWORTEN

Was ist die „richtige“ Ausbildungsquote je Branche? Will man Betriebe belasten, für die es keine Ausbildungsberufe gibt, die nicht ausbilden dürfen oder können? Wie fließt die finanzielle Situation eines Betriebes ein? Wer soll diese Bürokratie verwalten? Eine valide statistische Grundlage ist für die Einführung und „Aktiv-

ierung“ einer Sonderabgabe notwendig. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat keinen vollen Einschaltungsgrad bei Unternehmen und Bewerbern und ist daher als statistische Grundlage nicht geeignet.

AUSBILDUNGSKONSENS STATT ABGABE

Eine Abgabe lässt überwunden geglaubte ideologische Debatten wieder aufleben. Anstelle einer Abgabendiskussion sollte die „Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräfteversicherung“ zu einem Ausbildungskonsens weiterentwickelt werden, um konzertiert an einem Anstieg der Ausbildungsvertragszahlen zu arbeiten. Das Engagement der Wirtschaft lässt sich nur dann weiter erhöhen, wenn Betriebe bei der Besetzung von Plätzen unterstützt und das Interesse von Jugendlichen an dualer Ausbildung gesteigert wird. Unversorgte Jugendliche kommen nur dann erfolgreicher in Ausbildung, wenn die Jugendberufsagentur mit ausreichend Finanz- und Personalmitteln für eine aufsuchende Beratung ausgestattet wird und unversorgte Jugendliche mit Vermittlungs- und Unterstützungsangeboten auch tatsächlich erreicht werden können.

IHK-AKTIVITÄTEN

- Passgenaue Besetzung der IHK Berlin
- Messen: JobSnap und LastMinuteBörse

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [Positionen zur beruflichen Bildung](#)

ANSPRECHPARTNER/IN 

Anne Neidhardt | Telefon: +49 30 31510 - 838
E-Mail: anne.neidhardt@berlin.ihk.de